



# Deutscher Doppelpass

**Staatsbürgerschaft.** Deutschland ist schon seit längerem ein Einwanderungsland – da ist eine Willkommens- und Anerkennungskultur unerlässlich. Dem trägt auch der Gesetzentwurf zur Neuregelung der Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht Rechnung, der noch in diesem Jahr beschlossen werden und in Kraft treten soll: Künftig sind mehrere Staatsbürgerschaften nicht mehr die Ausnahme, sondern der Normalfall.

Im Januar 2000 wurde im Staatsangehörigkeitsrecht die sogenannte Optionspflicht geschaffen: Hierzulande geborene Kinder von Auslän-

dern können demnach zusätzlich die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, müssen sich aber später entscheiden, ob sie ihren deutschen oder

ihren ausländischen Pass behalten wollen (Kasten Seite 2). Laut einer Umfrage des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge hatten sich 2012 fast 98 Prozent der optionspflichtigen Personen für die deutsche Staatsbürgerschaft entschieden.

Die Optionspflicht war dazu gedacht, in Deutschland geborenen und lebenden Kindern ausländischer Mitbürger die doppelte Staatsbürgerschaft zwar zu ermöglichen, diese aber auf Dauer zu verhindern.

**Zurzeit leben mehr als 1,5 Millionen Menschen mit zwei Pässen in Deutschland – das sind fast 2 Prozent der Bevölkerung.**

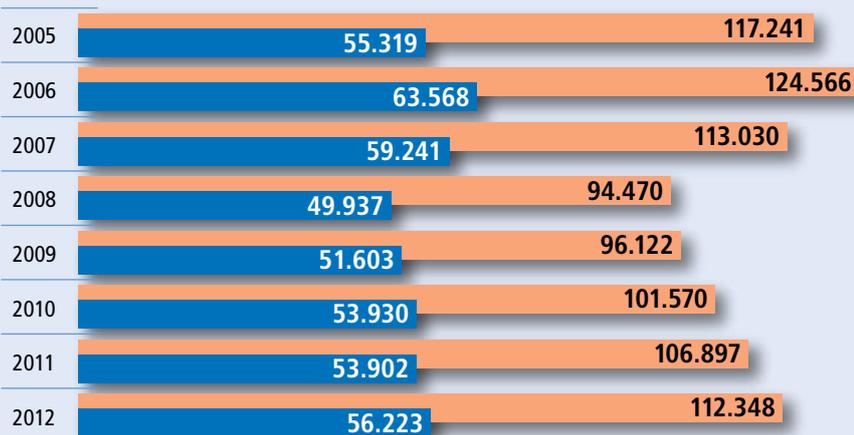
Bei den Personen mit Migrationshintergrund ist der Doppelpass-Anteil naturgemäß höher – er liegt bei 8,6 Prozent.

Seit dem Jahr 2006 ist bei der Hälfte aller Einbürgerungen die doppelte Staatsbürgerschaft akzeptiert worden (Grafik). Meist war es für diese Menschen unmöglich oder unzumutbar, ihre ausländische Staatsbürgerschaft aufzugeben. Beispielsweise bürgern Marokko, →

## Jeder Zweite mit zwei Pässen

In Deutschland eingebürgerte Personen

■ insgesamt, davon: ■ deutsche und weitere Staatsangehörigkeit



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iw 24

## Inhalt

**3D-Technologie.** Viele Produkte lassen sich schon heute oder in einigen Jahren per 3D-Druck herstellen. Das größte Wachstumspotenzial liegt im privaten Bereich.  
Seite 3

**TTIP.** Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA wird von vielen Europäern kritisch gesehen. Dabei sprechen viele Argumente für das Vorhaben.  
Seite 4-5

**Niedrigzinspolitik.** Die Strategie der niedrigen Leitzinsen zeigt immer mehr Nachteile. Unter bestimmten Bedingungen wäre eine Zinswende im zweiten Halbjahr 2015 möglich.  
Seite 6-7

**Arbeitskosten.** Für einen Vollzeitbeschäftigten im westdeutschen produzierenden Gewerbe fallen im Schnitt Arbeitskosten von gut 62.000 Euro pro Jahr an.  
Seite 8

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Präsident:  
Arndt Günter Kirchhoff  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

→ der Iran oder Syrien ihre Landsleute grundsätzlich nicht aus. Darüber hinaus wird die doppelte Staatsbürgerschaft für bestimmte Einwanderer prinzipiell akzeptiert, dies gilt zum Beispiel für EU-Bürger und Staatsangehörige der Schweiz.

Die geplante neue Regelung zur Abschaffung der Optionspflicht verringert die Rechtsunsicherheiten für die Betroffenen und ist gesellschaftlich betrachtet ein Schritt hin zu einer stärkeren Willkommens- und Anerkennungskultur gegenüber Migranten. Allerdings soll das neue Gesetz nur für diejenigen gelten, die in Deutschland geboren sind und mindestens acht Jahre lang hier leben. Für diejenigen, die sich einbürgern lassen wollen und nicht in der Bundesrepublik geboren sind, will der Staat weiterhin eine doppelte

## Was ist die Optionspflicht?

Seit dem Jahr 2000 erhalten in Deutschland geborene ausländische Kinder neben der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern auch die deutsche. Voraussetzung dafür ist, dass mindestens ein Elternteil seit acht Jahren rechtmäßig in der Bundesrepublik lebt und zum Zeitpunkt der Geburt ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besteht. Diese Kinder unterliegen der Optionspflicht: Sie müssen sich bis Ende des 23. Lebensjahres zwischen ihrer deutschen und ihrer ausländischen Staatsangehörigkeit entscheiden. Wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit behalten möchten, müssen sie nachweisen, dass sie aus der ausländischen Staatsangehörigkeit entlassen wurden. Wer sich nicht bis zum Ende des 23. Lebensjahres erklärt, verliert seine deutsche Staatsangehörigkeit. In einem solchen Fall kann die deutsche Staatsbürgerschaft nur in einem Einbürgerungsverfahren wiedererlangt werden.

Kinder, bei denen mindestens ein Elternteil Deutscher ist, unterliegen nicht der Optionspflicht. Sie dürfen die deutsche und die ausländische Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten.

Staatsbürgerschaft vermeiden. Die Kandidaten zur Einbürgerung müssen Integrationserfolge wie zum Beispiel einen bestandenen Integrationstest nachweisen.

Mit der neuen Regelung wird die Optionspflicht nicht komplett abge-

schaft. Auch Ausländerkinder, die in Deutschland geboren sind, aber zwischenzeitlich nicht hier gelebt haben, sollen weiterhin optionspflichtig sein – obwohl deren Leben zum Teil in Deutschland geprägt wurde.

## „International“ erfolgreich

**eTown Award.** Zum dritten Mal haben die Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult und Google jene Städte in Deutschland ausgezeichnet, deren Unternehmen das Internet besonders effizient und gewinnbringend für ihre Geschäfte nutzen. Und das nicht nur für den heimischen Markt, sondern auch international.

Die Auszeichnung basiert auf dem eTown-Index, der sich zusammensetzt aus den beiden Bereichen Google AdWords (Anzeigen neben den Suchergebnissen bei Google) und der Bedeutung des Internets für Unternehmen der jeweiligen Postleitzahlenregion. Dafür hat die IW Consult Nutzungszahlen der Onlinemarketing-Plattform von Google ausgewertet und 5.500 Firmen in Deutschland befragt, wie sie das Internet nutzen und inwieweit es für Auslandsgeschäfte wichtiger ist als für das Inlandsgeschäft.

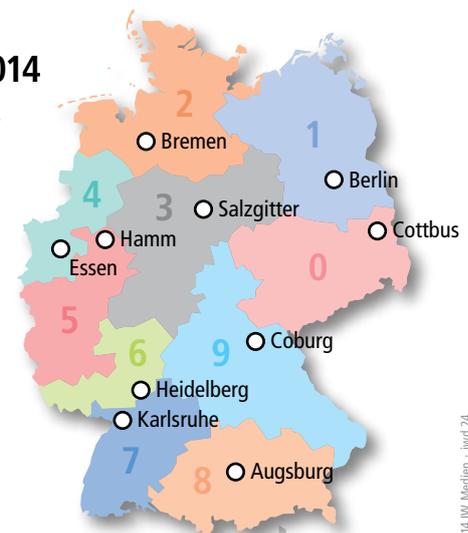
Die Top-eTowns der zehn Postleitzahlengebiete in Deutschland zeigen (Grafik): Es sind nicht immer nur die großen Städte wie Berlin oder Essen, die in Sachen Digitalisierung führend sind. Auch die Unternehmen kleinerer Städte können hier die Nase vorn haben, wie etwa in Coburg und Salzgitter.

Das Internet ist in vielerlei Hinsicht für den Geschäftserfolg eines Unternehmens wichtig: in Form einer Website als Visitenkarte, für das Onlinemarketing im In- und Ausland oder auch als Möglichkeit, sich über die Aktivitäten der Wettbewerber zu informieren.

Ein Beispiel: Ein deutsches Tourismusunternehmen kann seine Angebote zusätzlich auf einer englischsprachigen Website bewerben und so Kunden außerhalb der Bundesrepublik erreichen. Dadurch profitieren auch Hotels und Restaurants von internationalen Gästen, denn diese können sich bereits zu Hause auf einen Urlaub in Deutschland vorbereiten.

### eTown Award 2014

Deutsche Städte, in denen die Unternehmen das Internet am intensivsten für ihr Auslandsgeschäft nutzen je Postleitzahlengebiet



Quellen: Google, IW Consult

i7 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 24

# Maßschuhe aus dem Drucker

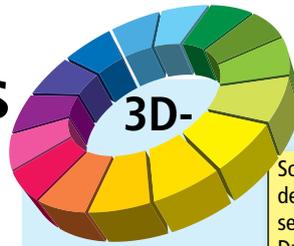
**3D-Technologie.** Schuhe, Möbel, Hüftpfannen, Flugzeugkomponenten, Zahnersatz und viele andere Artikel lassen sich schon heute per 3D-Druck herstellen – oder zumindest in wenigen Jahren. Das größte Wachstumspotenzial sehen Experten im privaten 3D-Druck.

Wer künftig Schuhe braucht, geht nicht mehr in ein Schuhgeschäft, sondern zunächst einmal online. Dort lädt man sich ein modisches Schuhdesign auf seinen PC herunter. Dann scannt man mit einer App den eigenen Fuß, wählt die Farbe für den Schuh aus und schickt alle Daten an einen 3D-Drucker-Shop vor Ort. Auf dem Weg zum Bäcker geht man dort vorbei und nimmt die perfekt passenden Schuhe mit.

Der weltweite Wert von so gefertigten Konsumartikeln dürfte sich in rund zehn Jahren laut McKinsey auf 4 Billionen Dollar belaufen (Grafik) – das entspricht einem Zehntel des deutschen Einzelhandelsumsatzes im Jahr 2013. Dann werden die Ver-

## Additive Fertigungstechniken – ein Beispiel

Die beim **Biodruck** eingesetzte Technik ähnelt der eines Tintenstrahldruckers – der bringt mit einer genau positionierten Düse einen kleinen Tintenlecks nach dem anderen aufs Papier (additiv), wodurch zum Beispiel ein Buchstabe entsteht. Nur werden beim Biodruck statt Tinte menschliche Zellen verwendet, die zuvor aus dem Eigengewebe des Patienten gezüchtet wurden. Wenn in einem weiteren Schritt die Zellen zusammengewachsen sind, ist das Gewebe bereit zur Transplantation.



## Druck: Das globale Potenzial

	So viel Prozent der Produkte lassen sich per 3D-Druck herstellen	Geschätzter Wert der gedruckten Produkte in Milliarden Dollar im Jahr 2025	Vorteile
3D-Druck durch Verbraucher (z. B. zu Hause oder im 3D-Store)	5 bis 10	Spielwaren, Schuhe, Keramik, Schmuck etc. <b>4.000</b>	35 bis 60 Prozent Kostensenkung, z. B. wegen Wegfall der Kosten für den Handel 10 Prozent Mehrwert, z. B. wegen zusätzlicher Personalisierung
Industriell gefertigte Teile	30 bis 50	Komplexe, in geringer Auflage produzierte Teile wie Implantate, Werkzeuge, Maschinenkomponenten, Motoren, Ersatzteile etc. <b>770</b>	40 bis 55 Prozent Kostensenkung, z. B. wegen reduzierten Materialabfalls
Werkzeug- und Formenbau	30 bis 50	Spritzgussplastiken <b>360</b>	30 Prozent Kostensenkung durch präzisere Gussformen

Quelle: McKinsey

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwv24

braucher 5 bis 10 Prozent der nachgefragten Waren – angefangen von Spielwaren über Bekleidung bis hin zu Schmuck – mithilfe von 3D-Druckern quasi selbst herstellen, entweder zu Hause oder im Drucker-Shop um die Ecke. Auch die Onlinebestellung von 3D-Druck-Produkten dürfte bis dahin kräftig zulegen.

Durch den Do-it-yourself-Druck sparen die Verbraucher viel Geld – denn es fallen nicht nur die Kosten für den Groß- und Einzelhandel weg. Vielmehr reduzieren sich auch die Kosten für Design und Werbung, die in den heute konventionell gefertigten Produkten eingepreist sind.

In der Industrie dürfte der 3D-Druck vor allem die Fertigung von Prototypen und Kleinserien revolutionieren.

**McKinsey beziffert den Weltmarkt für komplexe, maßgeschneiderte medizinische Implantate und Maschinenteile auf 770 Milliarden Dollar im Jahr 2025.**

Darüber hinaus dürfte der 3D-Druck von Werkzeugen und Guss-

formen ein Volumen von 360 Milliarden Dollar erreichen.

Weil die Direktfertigung von Produkten per Drucker die Zahl der Arbeitsschritte verringert – der Zusammenbau von Teilen entfällt – und der Materialausschuss minimiert werden kann, dürften die Herstellungskosten für additiv gefertigte Teile um rund die Hälfte sinken (Kasten).

Wie schnell sich der 3D-Druck auf dem Markt durchsetzt, ist nicht zuletzt von den Kosten der Drucktechnik abhängig. Ein durchschnittlicher Industriedrucker kostet heute zwischen 50.000 und 1 Million Euro – Tendenz fallend. Einfache 3D-Drucker für zu Hause sind schon für weniger als 1.000 Euro zu haben.

Die beim 3D-Druck verwendeten Werkstoffe sind noch 50- bis 100-mal teurer als Werkstoffe, die zum Beispiel für Spritzguss verwendet werden. Aber die Preise sinken rasch, zumal jedes Jahr neue Werkstoffe entwickelt werden, die sich für additive Fertigungsprozesse eignen.

# Das Freihandelsabkommen

Chlorhühnchen und Hormonfleisch, genmanipuliertes Gemüse sowie sinkende Umwelt- und Sozialstandards: Wenn es um das Transatlantische Handels- und Investitionschutzabkommen zwischen den USA und der EU geht, haben die Europäer viele Bedenken.

Seit knapp einem Jahr wird um TTIP, wie das Handelsabkommen in

der Kurzfassung heißt, gerungen. Und obwohl sowohl die Verhandler als auch die jeweiligen Regierungschefs immer wieder versichern, dass das Abkommen die Produktstandards und Sicherheitsvorschriften keineswegs aufweicht, sondern es vielmehr um die gegenseitige Anerkennung von ähnlichen Standards geht, hält sich die Skepsis der Euro-

päer gegenüber manchen Produkten „made in USA“ hartnäckig.

Für die meisten Europäer wahrscheinlich unglaublich, aber wahr: Viele Prüfprozesse und Produktvorschriften sind in den Vereinigten Staaten deutlich strenger als in Europa und gewährleisten somit ein höheres Sicherheitsniveau (siehe Kästen). Und deshalb sind es auch

## EU-Freihandelsabkommen steigern die Handelsgewinne

Um so viel Prozentpunkte ist der deutsche Handel mit ... pro Jahr schneller bzw. langsamer (-) gestiegen als der Handel mit der Welt insgesamt in den fünf Jahren vor bzw. nach Inkrafttreten eines Freihandelsabkommens



Südkorea: in den zwei Jahren nach dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens  
 Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwD 24



## USA vs. EU: Autos

Seit 1997 müssen neue Kraftfahrzeuge in den Vereinigten Staaten einen Front-Airbag haben. Zwar sind in Europa ebenfalls Airbags in jedem Neuwagen zu finden – eine gesetzliche Airbag-Pflicht besteht in den EU-Mitgliedsstaaten allerdings bis heute nicht.

Das sichere und einfach zu bedienende Befestigungssystem Isofix für Kindersitze im Pkw ist in den USA für Neuwagen bereits seit dem Jahr 2002 gesetzlich vorgeschrieben. Die Europäische Union hat die Automobilhersteller erst zehn Jahre später verpflichtet, dieses System einzubauen.

Auch bei der Emissionsgesetzgebung sind die USA sehr strikt. So müssen Pkw-Hersteller in den Vereinigten Staaten beispielsweise nachweisen, dass ihre Fahrzeuge auch nach 150.000 zurückgelegten Meilen noch die vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerte einhalten.



## USA vs. EU: Handys

Mobiltelefone sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken, doch manch einer vermutet einen Zusammenhang zwischen der Handystrahlung und dem Auftreten von Krankheiten – von Kopfschmerzen bis hin zu Hirnkrebs. Auch wenn es bislang keinen eindeutigen Beweis gibt, dass Handys wirklich gefährlich oder ungefährlich sind, ist eines klar: Die Handynutzung ist immer mit einem Mindestmaß an Strahlung verbunden, die das Körpergewebe erwärmt. Die Hersteller müssen daher gewisse Normen einhalten – und die sind in den Vereinigten Staaten strenger als in Europa. Der zulässige Wert für die spezifische Absorptionsrate beträgt 1,6 Watt je Kilogramm Körpergewicht in den USA. In der EU sind 2,0 Watt je Kilogramm erlaubt. Je kleiner der Wert, desto weniger wird das Gewebe durch die Handystrahlung erwärmt.

## Der Verhandlungsprozess

<b>Erste Runde</b>	<b>Wo?</b> Washington D.C.	<b>Wann?</b> 7. bis 12. Juli 2013	<b>Worum ging es?</b> Festlegung der Themenbereiche und Prioritäten, die das Abkommen abdecken soll	<b>Zweite Runde</b>	<b>Wo?</b> Brüssel	<b>Wann?</b> 11. bis 15. November 2013	<b>Worum ging es?</b> Themenschwerpunkte: Investitionen, Dienstleistungshandel, regulatorische Zusammenarbeit, Energie und Rohstoffe	<b>Dritte Runde</b>	<b>Wo?</b> Washington D.C.	<b>Wann?</b> 16. bis 21. Dezember 2013
--------------------	-------------------------------	--------------------------------------	--	---------------------	-----------------------	---	---	---------------------	-------------------------------	---

# TTIP

die amerikanischen Verbraucher, die – zu Recht – kein großes Interesse daran haben, die europäischen Standards zu übernehmen.

Die öffentliche Debatte, die vielfach auf Chlorhühnchen und Klonkühe reduziert wird, hat auch in Deutschland zu einem Stimmungswandel geführt. War zu Jahresbeginn noch mehr als die Hälfte der

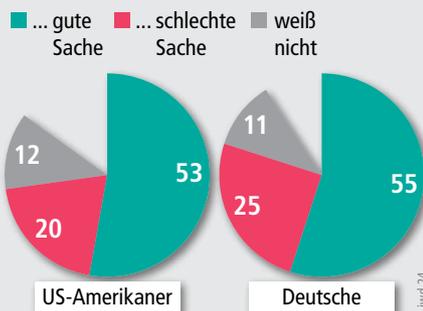
Bevölkerung der Ansicht, das Abkommen sei eine gute Sache, zeigt eine Umfrage von Anfang Juni, dass die Mehrheit der Bundesbürger TTIP-kritisch eingestellt ist.

Dabei sprechen viele Argumente für das Vorhaben: Denn wenn es Europa und den Vereinigten Staaten gelingt, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen erfolgreich

abzuschließen, entstünde der größte Binnenwirtschaftsraum der Welt. In der Folge würden die Kosten des Exports über den Atlantik hinweg sinken – ebenso wie die Preise für importierte Güter aus den USA. Beides kurbelt den internationalen Handel weiter an und geht mit Wachstumsimpulsen sowie einer höheren Zahl an Beschäftigten einher.

## Die Mehrheit begrüßt das Abkommen

So viel Prozent der Befragten sind der Meinung, dass das geplante Freihandelsabkommen zwischen Europa und den USA eine ... für ihr Land ist



Rest zu 100: weder gut noch schlecht bzw. zu wenig Wissen über die Materie; Befragung von 1.002 Personen in Amerika und 953 Personen in Deutschland im Februar und März 2014  
Quelle: Pew Research Center

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 24

## Deutsche misstrauen den amerikanischen Standards

So viel Prozent der Befragten vertrauen im direkten Vergleich eher ...

■ ... europäischen Standards ■ ... US-Standards

im Umweltschutz



in der Lebensmittelsicherheit



Rest zu 100: keinen, beiden, weiß nicht; Befragung von 1.002 Personen in Amerika und 953 Personen in Deutschland im Februar und März 2014

Quelle: Pew Research Center

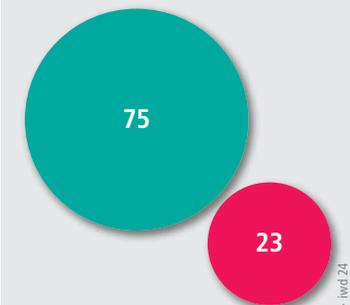
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 24

## Mehr Handel erwünscht

So viel Prozent der Deutschen halten mehr Handel mit den USA für eine ...

■ ... gute Sache ■ ... schlechte Sache



Rest zu 100: weiß nicht; Befragung von 953 Personen im Februar 2014

Quelle:

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 24



## USA vs. EU: Lebensmittel

Das Fleisch geschlachteter Hühner wird in den USA aus hygienischen Gründen im Chlorbad desinfiziert. Die meisten europäischen Verbraucher sowie die EU lehnen dieses Verfahren ab, obwohl die europäischen Behörden mit Chlordioxid behandelte Hühner nicht für gesundheitsgefährdend halten.

Hohe Standards setzen die USA auch beim Biorind: Amerikanische Rinder dürfen, wenn sie als Biofleisch vermarktet werden sollen, keine Antibiotika bekommen. In Europa ist das anders: Hier dürfen Biobauern laut EU-Öko-Verordnung ihre kranken Rinder bis zu dreimal jährlich mit Antibiotika behandeln – und das Tier nach einer festen Karenzzeit, die von Medikament zu Medikament unterschiedlich lang ist, schlachten und als Bioprodukt verkaufen.

### Worum ging es?

Fortsetzung der Verhandlungen in Sachen Marktzugang und Regulierungsfragen; weitere Themen: Wettbewerbspolitik, Zollerleichterungen, Wahrung von Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards

### Vierte Runde

Wo? Brüssel

Wann? 10. bis 14. März 2014

Worum ging es? Erste Angebote zum Zollabbau; Ursprungsregeln, Landwirtschaft

### Fünfte Runde

Wo? Arlington VA

Wann? 19. bis 23. Mai 2014

Worum ging es? Zentrale Themen: Zölle, Markttöffnung für Dienstleistungen und Investitionen, öffentliche Auftragsvergabe, Nachhaltigkeitskapitel, regulatorische Zusammenarbeit

Die nächste Verhandlungsrunde wird voraussichtlich im Juli 2014 in Brüssel stattfinden

Quelle: BDI

© 2014 IW Medien - Iwd 24

# Vorsichtige Zinswende möglich

**Niedrigzinspolitik.** In der Banken- und Schuldenkrise waren niedrige Leitzinsen ein probates Mittel, inzwischen aber birgt diese Strategie immer mehr Nachteile. Eine Studie des IW Köln zeigt, dass unter bestimmten Bedingungen eine wohldosierte Zinswende im zweiten Halbjahr 2015 möglich wäre. 

Am 5. Juni 2014 hat die Europäische Zentralbank den Leitzins auf das historisch niedrige Niveau von 0,15 Prozent gesenkt. Weil die Minizinsen aber auf Dauer wie eine Entregung der Sparer wirken und die private Vorsorge quasi aushebeln, muss irgendwann die Zinswende kommen. Das ist laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) möglich, sofern sich die Wirtschaftslage im Euroraum weiter normalisiert. Und das scheint der Fall zu sein:

**Stabilere Konjunktur.** Die Wachstumsaussichten haben sich deutlich verbessert. Schrumpfte die Wirtschaft im Euroraum 2012 noch um 0,7 Prozent, wird für das laufende Jahr ein Plus von gut 1 Prozent prognostiziert, und 2015 dürften es sogar gut 1,5 Prozent sein.

Diese Prognosen stützen sich auf eine Reihe von Frühindikatoren, wie sie der aggregierte OECD-Konjunkturindikator zusammenfasst (Grafik Seite 7):

**Seit gut einem Jahr verbessert sich der OECD-Indikator für den Euroraum von Monat zu Monat – er liegt inzwischen auch in den Krisenländern über dem langfristigen Durchschnitt.**

Zudem bescheinigt die OECD den Krisenländern, zahlreiche Strukturreformen umgesetzt zu haben. Die Erfolge dürften sich schon bald zeigen – in Form von mehr Produktivität, Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit.

Wenn sich der Aufschwung in der Eurozone weiter stabilisiert, werden auch die derzeit sehr niedrigen Inflationsraten anziehen – eine zentrale Voraussetzung für die Zinswende.

**Keine Deflationsspirale.** Wegen der aktuell geringen Teuerung fürchten manche Beobachter eine Deflation.

## Die Finanzmärkte fassen wieder Vertrauen

Mit Credit Default Swaps (CDS) kann sich ein Investor gegen den Ausfall einer Anleihe versichern. Steigt das Ausfallrisiko einer Anleihe, wird die Versicherung teurer, was sich in einem höheren Spread – einem Risikoaufschlag auf die Zinsen – ausdrückt.

Ausfallrisiken von Bankanleihen und Staatsanleihen des Euroraums gemessen anhand der gewichteten CDS-Spreads in Basispunkten (100 Basispunkte = 1 Prozentpunkt)



Stand: jeweils letzter Tag im Quartal, letzter Wert 30. 4. 2014; Banken wurden mit ihrer Bilanzsumme gewichtet, Staaten mit ihrem Bruttoinlandsprodukt  
 Ursprungsdaten: Bloomberg, Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iw-d 24

tion. Deshalb begrüßen sie die weitere geldpolitische Lockerung der EZB und den Einsatz unkonventioneller Instrumente wie negative Einlagenzinsen für die Banken.

Zwar müssen die Währungshüter die Gefahr eines länger anhaltenden Preisverfalls im Blick behalten, doch die jüngste Zinssenkung führt in die falsche Richtung. Denn die Deflationsgefahren sind übertrieben: Zum einen sinken die Preise nicht auf breiter Front; zum anderen steckt hinter dem sinkenden Preisniveau teilweise nichts anderes, als dass die Krisenländer an preislicher Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen.

**Stabilere Banken.** Auch das Bankensystem hat sich mittlerweile deutlich verbessert – abzulesen ist das an der Kapitalausstattung:

**Die großen Banken der Eurozone haben ihre durchschnittliche, nach Risikoklassen gewichtete Eigenkapitalquote von rund 8 Prozent im Jahr 2007 auf rund 13 Prozent gesteigert.**

Dahinter stehen vor allem höhere staatliche Kapitalanforderungen und Reformen im Bankensystem, was zu sinkenden Risikoaufschlägen beigetragen hat (Grafik):

**Die Ausfallrisiken für Staats- und Bankanleihen in der Eurozone sind massiv gesunken – und mit ihnen die Spreads, also die Risikoaufschläge auf die Zinsen.**

Folglich können sich viele Finanzinstitute wieder günstiger finanzieren. Allerdings nicht alle: Gerade einige Banken aus den Krisenländern haben das Vertrauen der Finanzmärkte noch nicht vollständig zurückgewonnen. Grund dafür ist, dass im Laufe der Wirtschaftskrise

der Umfang an notleidenden Krediten stark gestiegen ist. Die betroffenen Banken vergeben daher kaum Kredite an Unternehmen und Privathaushalte, was den Aufschwung im Keim ersticken könnte.

Deshalb sollten diese Banken beim anstehenden Stresstest der EZB gezwungen werden, ihre Bilanzlöcher zu stopfen – womit eine weitere Voraussetzung für den Ausstieg aus der Niedrigzinsphase besser erfüllt wäre.

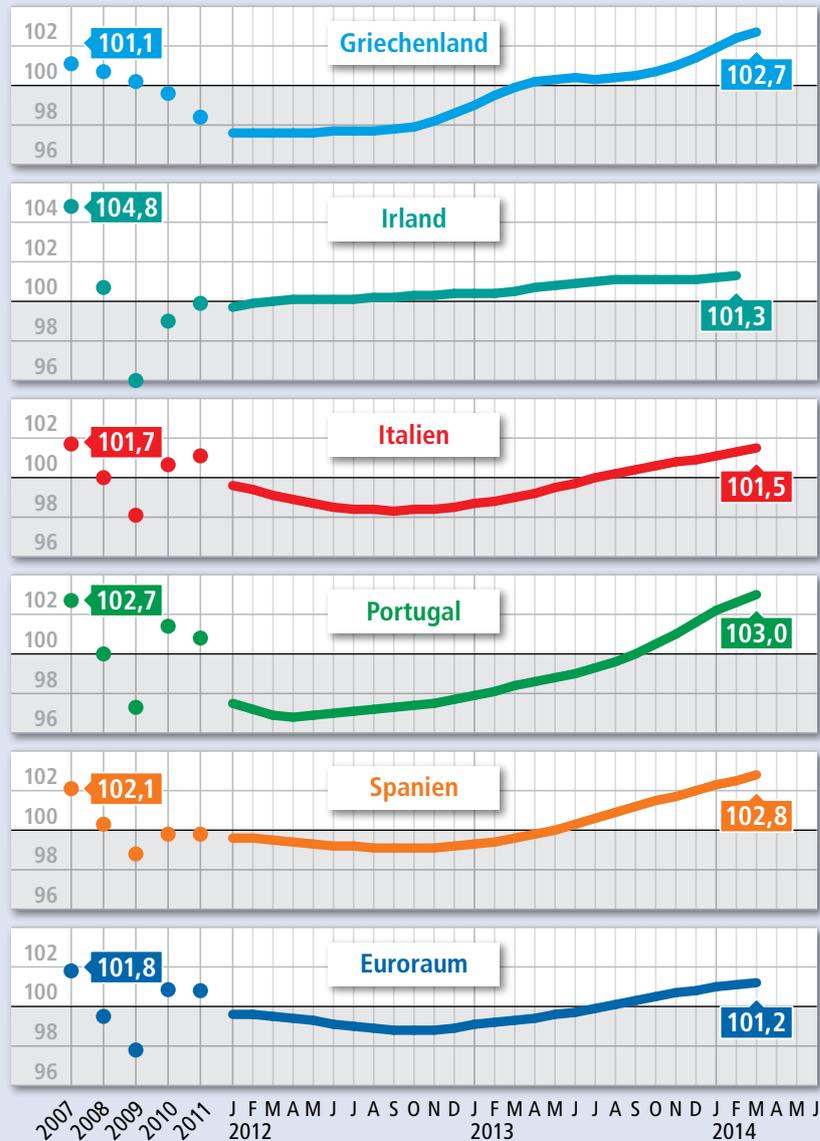
**Staatsverschuldung und fiskalische Dominanz.** Kritiker behaupten, die Geldpolitik sei zum Handlanger der hoch verschuldeten Eurostaaten geworden. Sie müsse ihr Hauptziel – Preisstabilität – hintanstellen, um über anhaltende Niedrigzinsen die Zahlungsfähigkeit der Staaten zu sichern. Das bezeichnen Ökonomen als „fiskalische Dominanz“.

Diese Sorge ist zwar verständlich, sie sollte aber nicht übertrieben werden. Zwar zeigen sich beim Schuldenabbau im Euroraum bisher kaum Fortschritte. Die strukturellen Haushaltsdefizite der Staaten sinken aber kontinuierlich und die staatlichen Zinsquoten sind erträglich. Daher kann die EZB den Leitzins durchaus auf ein neutrales Niveau anheben, ohne die Tragfähigkeit der Staatsschulden in der Breite zu gefährden.

**Privatverschuldung.** Die hohe Verschuldung von privaten Unternehmen und Haushalten kann in einigen Ländern die Nachfrage für längere Zeit dämpfen. Ziel muss daher ein Schuldenabbau sein, der das Wachstum so wenig wie möglich beeinträchtigt – dazu gehören Schulden- und Zinsnachlässe, Tilgungsstreckungen und gegebenenfalls auch Insolvenzen. Vor allem in Griechenland und Italien bedarf es dazu weiterer Reformen des Insolvenzrechts.

## Krisenländer: Das Schlimmste ist vorbei

Aggregierter Konjunkturindikator der OECD, der beispielsweise die Auftragseingänge, das Geschäftsklima, die Produktionserwartungen und die Einzelhandelsumsätze enthält (langfristiger Durchschnitt = 100)



Quelle: OECD

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 24

**Schonende Zinswende.** Wenn sich das gesamtwirtschaftliche Umfeld weiter verbessert, könnte die EZB im zweiten Halbjahr 2015 beginnen, aus der Niedrigzinsphase auszusteigen. Allerdings gilt es zu verhindern, dass die Finanzmärkte davon überrascht werden und überreagieren – wie im Mai 2013 in den USA. Daher sollte die EZB den Leitzins nicht gleich um 0,25 oder 0,5 Prozentpunkte im Quartalsabstand erhöhen, sondern zunächst in sehr kleinen, aber häu-

figeren Zinsschritten. Zugleich sollte die EZB die Erwartungen der Finanzmärkte mit einer intensiven Kommunikationsstrategie so gut wie möglich zu steuern versuchen.



### IW-Studie

Markus Demary,  
Jürgen Matthes:

Das aktuelle Niedrigzinsumfeld:

Ursachen, Wirkungen und Auswege,  
Studie für den Gesamtverband der  
Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.

[iwkoeln.de/niedrigzinsen](http://iwkoeln.de/niedrigzinsen)

# Osten bleibt im Vorteil

**Arbeitskosten.** Für einen Vollzeitbeschäftigten im westdeutschen Produzierenden Gewerbe fallen inzwischen Arbeitskosten von durchschnittlich gut 62.000 Euro pro Jahr an. In Ostdeutschland ist das Kostenniveau um ein Drittel niedriger. 

Die wirtschaftliche Dynamik in Deutschland war 2013 gering – das Bruttoinlandsprodukt wuchs real nur um 0,4 Prozent. Die Arbeitskosten passten sich dieser Entwicklung allerdings nicht ganz an:

- **Westdeutschland.** Die durchschnittlichen Arbeitskosten je Vollzeitmitarbeiter stiegen 2013 um 1,8 Prozent auf 62.290 Euro. Das war zwar ein geringerer Zuwachs als 2012. Weil zugleich aber die Produktivität in der Industrie sank, mussten die Unternehmen höhere Lohnstückkosten schultern. Setzt sich dieser Trend fort, wäre das für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft kein gutes Zeichen, zu-

## Arbeitskosten: Viel mehr als Lohn und Gehalt

im Produzierenden Gewerbe  
im Jahr 2013 in Euro je 100 Euro Bruttolohn/-gehalt

	Westdeutschland	Ostdeutschland
<b>Direktentgelt</b>	<b>74,80</b>	<b>77,80</b>
Vergütung für arbeitsfreie Tage	17,50	16,90
– Urlaub	10,00	9,70
– Bezahlte Feiertage	4,00	3,50
– Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall	3,50	3,60
Sonderzahlungen	7,70	5,30
– Weihnachtsgeld, zusätzliches Urlaubsgeld usw.	7,30	5,00
– Vermögensbildung	0,40	0,30
<b>Bruttolohn/-gehalt</b>	<b>100,00</b>	<b>100,00</b>
Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber (einschließlich Unfallversicherung)	18,80	20,00
Betriebliche Altersversorgung	5,60	2,60
Sonstige Personalzusatzkosten (z. B. Ausbildungskosten, Abfindungen)	4,20	3,60
<b>Arbeitskosten insgesamt</b>	<b>128,60</b>	<b>126,20</b>

Unternehmen mit zehn und mehr Beschäftigten; Westdeutschland einschließlich Berlins; Direktentgelt: Entgelt für geleistete Arbeitszeit einschließlich leistungs- und erfolgsabhängiger Sonderzahlungen; betriebliche Altersversorgung: einschließlich Aufstockungsbeiträgen zu Lohn und Gehalt sowie zur Rentenversicherung für Personen in Altersteilzeit und Aufwendungen für sonstige Vorsorgeeinrichtungen; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 24

mal die industriellen Lohnstückkosten im Ausland unterm Strich konstant geblieben sind.

Die Struktur der Arbeitskosten in Westdeutschland hat sich dagegen 2013 kaum verändert (Grafik). Während etwa der Krankenstand leicht gestiegen ist, hat der abgesenkte Beitragssatz zur Rentenversicherung zu niedrigeren Sozialabgaben geführt.

- **Ostdeutschland.** Hier legten die Arbeitskosten je Vollzeitbeschäftigten lediglich um 0,9 Prozent auf 40.890 Euro zu.

**Der Kostenvorteil der ostdeutschen Unternehmen gegenüber dem Westen beläuft sich damit auf 21.400 Euro.**

Neben dem produktivitätsbedingt niedrigeren Lohnniveau sind dafür

vor allem die deutlich geringeren Sonderzahlungen sowie die weniger stark ausgebaute betriebliche Altersversorgung maßgeblich.

Wie sich die Arbeitskosten 2014 entwickeln, hängt angesichts der konstanten Sozialbeiträge vor allem von den Tarifabschlüssen ab. Bislang wurden im Schnitt Lohnerhöhungen von etwa 3 Prozent vereinbart – was auf einen weiteren spürbaren Kostenzuwachs hindeutet.

## Adressaufkleber



aus IW-Trends  
2/2014

Christoph Schröder:  
Die Struktur der Arbeitskosten

in der deutschen Wirtschaft  
[iwkoeln.de/arbeitskostenstruktur](http://iwkoeln.de/arbeitskostenstruktur)

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

**Redaktionsassistenz:** Ines Pelzer

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** [iwd@iwkoeln.de](mailto:iwd@iwkoeln.de)

**Bezugspreis:** € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08  
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer,  
Erscheinungsweise wöchentlich

**Aboservice:** Therese Hartmann,  
Telefon 0221 4981-443, [hartmann@iwkoeln.de](mailto:hartmann@iwkoeln.de)

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft  
Köln Medien GmbH,  
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,  
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH,  
Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich  
(außer Juli und Dezember)  
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-  
nische Verwertung über: [lizenzen@iwkoeln.de](mailto:lizenzen@iwkoeln.de)  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:  
[www.pressemonitor.de](http://www.pressemonitor.de)

**iW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.